

Zu Fidels Zeiten wäre das undenkbar gewesen

Kuba I Die Agenda der 176 Maßnahmen ist eine wirtschaftspolitische Rolle rückwärts

von **Knut Henkel**

Am 12. Juli begann eine neue Zeitrechnung für Kubas Landwirtschaft. Agrarminister Ydael Pérez Brito trat in Havanna vor die Mikrofone und verkündete, dass eine Übergabe von staatlichem Land an Einzelbauern, an kleine und mittlere Unternehmen, auch an private Kapitalgeber möglich sei und zügig vonstatten gehe. Mitten in der massivsten Wirtschaftskrise der jüngeren kubanischen Geschichte werden Glaubenssätze exmatrikuliert. Noch zu Zeiten von Fidel Castro, Ikone der Revolution, wäre eine Landvergabe – selbst auf Pachtbasis – an externe Investoren und private Unternehmen kaum denkbar gewesen.

Mitte 2026 ist das anders. Die vom Parlament beschlossenen 176 Reformmaßnahmen muten an wie eine wirtschaftspolitische Rolle rückwärts. Priorität dem Markt, lautet die Devise. Er soll fortan das „Instrument für die effiziente Verteilung von Ressourcen“ sein, so Ministerpräsident Manuel Marrero. Dazu werden Großunternehmen und ausländische Geldgeber in einem privatisierten Sektor zugelassen, dort sind Betriebe mit mehr als hundert Angestellten künftig legal. Staatsfirmen sollen verkauft oder aber in Aktiengesellschaften umgewandelt werden können.

Das ist für Oppositionelle wie Manuel Cuesta Morúa, Parteichef des sozialdemokratischen Arco Progresista, eine Zeitenwende. Doch berge eine Reformagenda, die ohne Partizipation der Bevölkerung zustande kam, auch erhebliche Risiken. Für Cuesta Morúa bestehen sie unter anderem darin, dass die politische Elite des Landes Staatsbetriebe übernimmt und dies wie im Russland der 1990er Jahre „in eine Oligarchisierung der Ökonomie“ mündet. Der kubanische Ökonom Omar Everleny Pérez hält die Warnung für berechtigt. „Das Risiko besteht, doch das Positive der Reformagenda überwiegt“, meint der 64-Jährige, der zusammen mit anderen Analysten wie Juan Triana und Pedro Monreal von der Regierung um Vorschläge für einen Wandel gebeten wurde. Die haben sie unterbreitet, sich auf den Agrarsektor konzentriert und für ein Legalisieren privater Wechselstuben oder den Abbau bürokratischer Hürden für Genossenschaften plädiert, die Güter auf eigene Rechnung importieren wollen.

Das ist nun möglich, denn der Katalog der Reformen setzt mit seinen Maßnahmen zu erheblichen Teilen Forderungen um, die seit Jahren auf der Insel kursieren und dem Funktionieren eines Genossenschaftssektors – auch außerhalb der Landwirtschaft – im Wege standen. Nunmehr dürfen Maschinen, Saatgut, Düngemittel wie auch Werkzeuge direkt eingeführt werden, ohne dass man über staatliche Zwischenhändler gehen muss. Hier und da werde noch zu inkonsequent verfahren, andererseits gehe manches deutlich zu weit, findet der Kassler Kuba-Spezialist

Hans-Jürgen Burchardt: „Mir reicht es nicht aus, dass in Kuba ab jetzt staatliches Land bis zu hundert Jahre an private Landwirte übergeben werden darf. Ich denke, dass die Übertragung von Eigentumstiteln mit Erb-, aber ohne freies Verkaufsrecht das richtige Signal wäre.“ Natürlich verstehe er, dass schnell eine neue bäuerliche Identität aufgebaut und der Agrarsektor reanimiert werden soll.

Ohne Wegfall der US-Sanktionen greift der Reformwille ins Leere

Dort gibt es immense Einspar-Optionen, wenn in den vergangenen drei Jahrzehnten bis zu 80 Prozent der auf Kuba konsumierten Lebensmittel importiert wurden. Sollte es gelingen, dies zu ändern, wäre ein denkbarer Effekt, dass potenzielles Investitionskapital anfile, glaubt Kuba-Spezialist Burchardt.

Bis Ende 2025 leitete er ein Forschungsprojekt zwischen Kassel, Buenos Aires und Havanna und richtete jüngst eine abschließende Kuba-Konferenz in Kassel aus. Auf der war das von Raúl Castro (Präsident 2008–2018) begrüßte Reformpaket zentrales Thema. Kontrovers diskutiert wurde dabei die Zulassung von Privatbanken auf der Insel. Für die einen sind das Konzessionen gegenüber den USA, die sämtliche Reformabsichten als „oberflächliche Rauchzeichen des Regimes“ abkanzeln, für die anderen ist es die Aufgabe von Souveränität in der Währungs- und Finanzpolitik. „Die Zulassung ausländischer Banken auf der Insel birgt die Gefahr, dass US-Institute demnächst Geldtransfers zwischen Exil und Insel sowie das Immobiliengeschäft abwickeln“, fürchtet Hans-Jürgen Burchardt.

Ob das in den laufenden Geheimverhandlungen zwischen den USA und Kuba erörtert wird, ist ebenso offen wie die Frage, ob die USA die brutalen Sanktionen wenigstens aussetzen, die der Insel seit 1960/61 die Luft zum Atmen nehmen. Das sei die zentrale Voraussetzung, um die Reformagenda implementieren zu können, so Burchardt. Eine Einschätzung, die der Ökonom Omar Everleny Pérez in Havanna teilt. „Ohne Benzin- und Diesel-einfuhr, ohne Düngemittel und medizinisches Gerät haben wir keine Chance, einen Kollaps der Wirtschaft aufzuhalten und Reformen einzuleiten.“ Das sei die bittere Realität.



Mitte Mai hatte diese Tankstelle bei Cienfuegos zum letzten Mal Kundschaft

Schlaflos in Havanna

Kuba II Die USA hungern das Land aus und warten auf den Kollaps, damit ihnen die Insel möglichst kampfflos in den Schoß fällt

von **Ruaridh Nicoll**

Vor gut vier Monaten begann die US-Ölblockade. Die Kubaner erfahren seither, wie die Ressourcen der Insel schwinden und der staatliche Stromversorger darum kämpft, wenigstens ein paar Stunden am Tag zu liefern. Nur wie lange noch? Die Aussichten zwingen Energieminister Vicente de la O Levy zu einem Satz, der alles sagt: „Wir haben keinen Treibstoff und keinerlei Reserven mehr.“ Tankstellen werden zu verwaisten Orten und für alle jene, die zum Kochen Gasflaschen nutzen, sind Holzkohle oder Holz die einzigen Alternativen. Die Konsequenzen sind wenig erbaulich.

Martha Pérez wohnt in Bahía, einem ärmeren Stadtviertel Havannas. „Ich könnte Gas in einem Online-Supermarkt kaufen“, sagt sie. „Aber die Gasflasche kostet jetzt 29 Dollar, während ich früher beim Staat nur ein paar Cent bezahlt habe.“ Einige der Nachbarn seien dazu übergegangen, in ihren Häusern als Zeichen des Unmuts jeden Abend einen ohrenbetäubenden Lärm zu veranstalten. Sie schlagen Töpfe und Pfannen aneinander und bedienen sich mit dem „Cacerolazo“ einer traditionellen Protestform in Lateinamerika und der Karibik. Temperamente lassen sich bei Temperaturen um die 35 Grad weniger denn je zügeln. Wenn bei einer Luftfeuchtigkeit von 75 Prozent der Strom für Ventilatoren fehlt, findet niemand Schlaf. Noch vor Monaten glaubten die Einwohner Havannas, die Lage auf dem Land sei weitaus schlimmer. Sie sollten sich täuschen. Wenn eine ganze Hauptstadt durch Energiemangel zum Erliegen kommt, ist das kaum zu übertreffen. Da wirken Tribünen, die vom 1. Mai her stehenblieben, wie die surreale Installation aus einem Paralleluniversum.

Der Flugzeugträger „USS Nimitz“ hat soeben Jamaika südlich von Kuba verlassen. Aufklärungsflugzeuge kreisen über der Insel. CIA-Chef John Ratcliffe soll in Havanna gewesen sein, um sich mit führenden Vertretern des kubanischen Geheimdienstes zu treffen. Glaubt man dem US-Sender CBS,

brachte er „operative Kräfte“ mit, die den Tod von 32 kubanischen Personenschützern zu verantworten haben. Anfang Januar hatten die vergeblich versucht, Venezuelas Präsident Nicolás Maduro gegen Gefangennahme und Deportation zu schützen.

Viele Kubaner versuchen, sich einen Reim auf die Geschehnisse zu machen. Es sickert durch, dass große Hotelbetreiber wie Iberostar, Blue Diamond und Meliá, die seit Jahrzehnten auf Kuba tätig sind, ihre Geschäftsbeziehungen abgebrochen oder ihre Präsenz reduziert haben. Dies kommt dem Abschalten eines lebenserhaltenden Systems gleich. Was sonst war der Tourismus? Der kanadische Nickelkonzern Sherritt hat inzwischen erklärt, die Anteile seiner Unternehmensbeteiligung auf Kuba an Ray Washburne, einen ehemaligen Berater Donald Trumps, zu verkaufen. Kubas Banken kündigen an, dass Visa- und Mastercards nicht mehr funktionieren werden, auch wenn das auf der Insel ansässige Firmen stärker treffen dürfte als den durchschnittlichen Kubaner. „Jetzt wollen sie nicht einmal mehr, dass wir Kommunisten Kreditkarten benutzen“, sagte ein älterer Mann, der an einer Straßenecke in Havanna Rum trinkt. Seine Freunde lachen. „Wovon redest du? Du hast doch gar keine.“

Der Geschäftsmann Félix Capote hat gerade Waren im „Canalita“ eingekauft, einem Lager für Lebensmittel. Es unterhält eine Privatfirma, ein „Mipymes“ (spanisches Akronym für Mikrounternehmen), das für Kubaner mit etwas Geld eine wichtige Lebensader sein kann. Capote hat gehört, dass zwei Reedereien, die gut zwei Drittel der auf die Insel gelangenden Güter transportieren, vorerst keine Aufträge mehr annehmen. „Ich mache mir Sorgen, dass in einem Laden wie meinem bald gährende Leere herrscht.“

Die gedrückte Stimmung resultiert auch aus der Tatsache, dass Sondierungen zwi-

schen der US- und der kubanischen Regierung bisher ins Leere laufen. „Beide Seiten scheinen sich bis aufs Äußerste verschantzt zu haben“, urteilt Michael Bustamante, Leiter des Sektors für Kuba und kubanisch-amerikanische Studien an der University of Miami. Es scheine nur den Ausweg schmerzhafter Zugeständnisse der Kubaner zu geben. „Andernfalls könnte Washington einen Regierungssturz mit Gewalt erzwingen – mit unabsehbaren Folgen“, fürchtet er. „Ob ein friedlicher oder gewalttätiger Wechsel – bei beiden Szenarien wird Washington darauf achten, sich Vermögenswerte zu sichern.“

Einiges spricht dafür, dass die kubanische Regierung mit einem Angriff rechnet, der laut Präsident Miguel Díaz-Canel „ein Blutbad mit unabsehbaren Folgen“ nach sich ziehen würde. Rund um Havanna steht Radar für die Flugabwehr, während das Staatsfernsehen Bilder von Soldaten bei Übungen zeigt. Trotz aller Gefahren trat Raúl Castro vor Tagen bei einer Veranstaltung im Karl-Marx-Theater auf, um nicht nur seinen 95. Geburtstag, sondern auch den Jahrestag der Gründung des Innenministeriums zu feiern. Er war von fast allen hochrangigen Vertretern des kubanischen Staates und Militärs umgeben. Theoretisch könnte die Antwort auf einen US-Angriff in einem „Krieg des ganzen Volkes“ bestehen, bei dem sich die Menschen, ohne auf Befehle zu warten, zum bewaffneten Widerstand erheben. Aber selbst wohlwollende Beobachter halten dies angesichts der Stimmung und veralteten militärischen Ausrüstung nicht für realistisch. „Das Überraschende ist, dass die Moral innerhalb der sehr kleinen regulären Streitkräfte nach wie vor hoch ist“, so Hal Klepak, emeritierter Professor am Royal Military College in Kanada. „Reserveeinheiten fallen weitgehend weg, weil es weder Equipment noch Geld noch Treibstoff gibt.“

Zudem könnte die erschöpfte Bevölkerung zum Protest gegen die eigenen Führer ausholen, worauf die Trump-Administration nach allgemeiner Einschätzung setzen dürfte, sofern nicht freiwillig kapituliert wird. Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) hat angekündigt, dass sie für die Karibik einen extrem heißen und trockenen Sommer erwartet – eine Situation, die auf einer Insel ohne Strom lebensgefährlich werden kann.

Ruaridh Nicoll ist Ex-Herausgeber des *Observer Magazine* und Romanautor

ANZEIGE

Sommer der Solidarität

80 Ausgaben Print für 80 Euro
3 Monate online für 30 Euro
Mehr als 50 % Ersparnis zum Normalpreis. Abo endet automatisch

Jetzt bestellen!

jungewelt.de/sommer26
0 30/53 63 55-80 • abo@jungewelt.de